

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und  
Gesundheit  
am Donnerstag, dem 17.06.2021, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 12:05 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand <b>124/2021</b>	6
3.	Bericht zur Aufgabenwahrnehmung des Kreises Warendorf nach dem Prostituiertenschutzgesetz <b>121/2021</b>	7
4.	„Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf“ – Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung <b>139/2021</b>	8
5.	Initiierung des niedrigschwelligen Angebotes "Pflegebegleiter" <b>123/2021</b>	10
6.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen <b>147/2021</b>	11
7.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.05.2021 - Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege <b>160/2021</b>	12
.	<b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>	
1.	Abschluss eines Änderungsvertrages mit dem Verein Alter und Soziales e.V. <b>171/2021</b>	13

- |           |   |                 |           |
|-----------|---|-----------------|-----------|
| <b>2.</b> | Abschluss eines Vertrages mit dem AWO Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems  | <b>102/2021</b> | <b>14</b> |
| <b>3.</b> | Änderung des Vertrages mit der Innosozial gGmbH über die Durchführung von pädagogischen/therapeutischen Maßnahmen (Fachdienst Autismus) | <b>138/2021</b> | <b>15</b> |
| <b>4.</b> | Abschluss einer Vereinbarung über die Förderung des Psychosozialen Traumazentrums für Flüchtlinge der Innosozial gGmbH                  | <b>173/2021</b> | <b>16</b> |

### **Anlagen**

- |          |   |
|----------|---|
| Anlage 1 | Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - Sachstandsbericht  |
| Anlage 2 | Gesundheitliche Beratung gemäß Prostituiertenschutzgesetz im Kreis Warendorf  |
| Anlage 3 | Das Prostituiertenschutzgesetz – aus Sicht der Ordnungsbehörde  |
| Anlage 4 | „Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf“ – Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung |
| Anlage 5 | Initiierung des niedrigschwelligen Angebotes „Pflegebegleiter“  |

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Aydemir, Ergül
Blömker, Franz-Ludwig
Eickmeier, Elisabeth Irmgard
Geiger, Andrea
Hamann, Maria
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Lehnert, Susanne, Dr.
Möllmann, Rolf
Riveiro Vega, Sandra
Schubert, David
Strecker, Rita
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
Wamba, Gilbert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
<b>Stellv. Ausschussmitglied</b>
Grap, Valeska
<b>von der Verwaltung</b>
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Baldus, Beate
Klausmeier, Brigitte
Knipping, Manuela
Middendorf, Anne
Schabhüser, Helmut
Wiedemann, Lena

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Rust, Sylvia

Schade, Janina

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 04.06.2021 form- und fristgerecht erfolgt ist.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Es wurden keine Fragen gestellt.

**2. Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand 124/2021**

Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet über den Sachstand zur Corona-Pandemie im Kreis Warendorf (sh. Anlage 1).

Sie weist darauf hin, dass aktuell mit der praktischen Umsetzung des digitalen Impfnachweises gestartet wird. Parallel zum Impfausweis soll der Impfstatus dann auch per App – entweder in der CovPass-App, in der Luca-App oder in der Corona-Warn-App nachgewiesen werden können.

Dafür werden voraussichtlich ab Juli alle Bürgerinnen und Bürger, die bereits geimpft wurden, automatisch einen QR-Code von der Kassenärztlichen Vereinigung per Post zugesandt bekommen. Künftig erhalten neu geimpfte Personen im Impfzentrum und in den Praxen den QR-Code direkt vor Ort.

Frau Klausmeier ergänzt, dass die Ausstellung digitaler Impfpässe zudem durch einzelne Apotheken möglich sei.

Sie erläutert, dass seit dem 07.06.2021 die Impfpriorität aufgehoben sei, dass Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sich jedoch aufgrund der Impfstoffknappheit Schwerpunktsetzungen für die Impfzentren vorbehalte.

Bei den Hausärzten sei die Priorität dagegen komplett aufgehoben.

Herr Strohbücker erkundigt sich zur Schließung von Testzentren, da die Nachfrage nicht mehr so hoch sei.

Frau Dr. Arizzi Rusche teilt dazu mit, dass das Angebot an Testzentren durch die Nachfrage bestimmt werde. Prognostisch sei mit einer sinkenden Nachfrage zu rechnen.

Auf Nachfrage von Herrn Heringloh-Poll zu ggf. erforderlichen Drittimpfungen teilt Frau Dr. Arizzi Rusche mit, dass eventuell in einem halben oder einem Jahr eine Auffrischung erforderlich sei. Derzeit sei noch ungewiss, wie lange der Impfschutz anhalte.

Zudem sei eine Auffrischung denkbar, um einen Schutz gegen neue Varianten des Virus zu erhalten. Dafür wäre eine Anpassung des Impfstoffes an neue Varianten erforderlich.

An der Diskussion über den Bericht von Frau Dr. Arizzi Rusche beteiligen sich Frau Hohmann de Palma, Frau Eickmeier, Herr Strübbe, Frau Geiger und Frau Grap.

<b>3.</b>	<b>Bericht zur Aufgabenwahrnehmung des Kreises Warendorf nach dem Prostituiertenschutzgesetz</b>	<b>121/2021</b>
-----------	--	-----------------

Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet über die gesundheitliche Beratung nach dem Prostituiertenschutzgesetz ProstSchG NRW, (sh. Anlage 2).

Sie teilt mit, dass die Beratenen in der Regel über 21 Jahre alt und ausschließlich weiblich sind. Die Beratungsgespräche finden in deutscher Sprache statt. Bei der Terminvereinbarung kann nach einer Dolmetscherin oder einem Dolmetscher gefragt werden, ein Pool von Übersetzerinnen und Übersetzern sei vorhanden.

Informationsbroschüren seien in verschiedenen Sprachen vorhanden.

Zur Nachfrage von Frau Grap zu erfolgten Ausstiegsberatungen teilt Frau Dr. Arizzi Rusch mit, dass die Prostituierten entsprechende Informationen erhalten.

Frau Knipping erläutert die Aufgaben nach dem ProstSchG aus Sicht der Ordnungsbehörde (sh. Anlage 3).

Sie weist darauf hin, dass sich i.d.R. nur die Prostituierten anmelden, die in Prostitutionsstätten arbeiten. Der überwiegende Teil der Prostituierten arbeite in eigenen Wohnungen und melde sich nicht an, es sei daher von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Zur Nachfrage von Frau Geiger teilt Frau Knipping mit, dass in bisherigen Gesprächen keine Notlagen der Beratenen zu erkennen waren, z. B. dass diese zur Prostitution gezwungen seien.

Sie weist auf eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei hin, welche Frauen im Bedarfsfall zum Schutz an einen sicheren Ort bringen können.

Frau Riveiro Vega erkundigt sich zum Krankenversicherungsschutz der Prostituierten.

Frau Knipping erläutert, dass deutsche Frauen versichert seien, z. B. Osteuropäerinnen nicht. Sie weise diese auf die Möglichkeit des Abschlusses einer Auslandsversicherung im Heimatland hin.

An der Diskussion beteiligen sich Herr Wamba, Frau Hohmann de Palma, Herr Blömker und Frau Strecker.

4.	<b>„Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf“ – Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung</b>	<b>139/2021</b>
----	--	-----------------

Frau Middendorf und Frau Wiedemann stellen das Projekt „Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf“ vor (Anlage 4). Zielgruppe sind alleinlebende Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung ab dem 50. Lebensjahr. Das aufsuchende Beratungsangebot soll soziale Teilhabe der Adressatinnen und Adressaten stärken, die Gesundheit fördern sowie die Lebenssituation und Lebensqualität verbessern.

Zentrale Bausteine des Projektes sind zum einen die Erfassung örtlicher Strukturen sowie der Auf- und Ausbau regionaler Netzwerke und zum anderen die Implementierung eines Fallmanagements.

Herr Blömker begrüßt die Durchführung des Projektes, hält es jedoch für erforderlich, darüber hinaus auch weitere Projektideen zu entwickeln.

Frau Klausmeier stimmt Herrn Blömker zu. Aktuell werde ein Gesamtkonzept von Maßnahmen entwickelt, dieses werde in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.

Frau Middendorf teilt mit, dass das Projekt in der Dienstbesprechung mit den Sozialamtsleitungen der Städte und Gemeinden des Kreises vorgestellt wurde. Die Durchführung sei nur mit Unterstützung der Städte und Gemeinden möglich.

Frau Riveiro Vega erkundigt sich, ob eine halbe Stelle für das Projekt ausreichend sei und wie das Projekt finanziert werde, falls der Kreis keine Fördermittel erhalte.

Frau Middendorf erläutert, dass nach Zustimmung des Kreisausschusses zunächst die Projektskizze erstellt werden müsse, die durch das Programmbüro des GKV-Bündnis für Gesundheit geprüft werde. Nach einer Befürwortung werde im zweiten Schritt der Zuwendungsantrag beim Projektträger Jülich eingereicht. Nach positiver Prüfung erhalte der Kreis einen Zuwendungsbescheid. Sie habe keine Sorge, dass nicht ausreichend Mittel der GKV zur Verfügung stünden.

Ziel sei es, Anfang 2022 mit dem Projekt zu beginnen. Hinsichtlich der Personalkapazitäten sei entscheidend, wie viele Menschen sich zur Teilnahme am Projekt melden. Es werde mit einem 10 %igen Rücklauf gerechnet, dieses seien ca. 130 Personen.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

#### **Die Verwaltung wird beauftragt,**

- 1. eine entsprechende Projektskizze zu erstellen und diese bei dem GKV-Bündnis für Gesundheit einzureichen sowie**
- 2. nach positiver Bewertung einen Zuwendungsantrag beim Projektträger Jülich zu stellen.**



**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen****Ja                    17 Stimmen****Nein                0 Stimmen****Enthaltung       1 Stimme**

An der Diskussion beteiligen sich Herr Strübbe, Herr Strohbücker, Frau Eickmeier, Frau Geiger und Frau Hohmann de Palma

<b>5.</b>	<b>Initiierung des niedrigschwelligen Angebotes "Pflegerbegleiter"</b>	<b>123/2021</b>
-----------	--	-----------------

Frau Baldus berichtet über die Initiierung des niedrigschwelligen Angebotes „Pflegerbegleiter“. Das Pilotprojekt soll in Beckum starten und vom dortigen Mehrgenerationenhaus durchgeführt werden. Weitere Kooperationspartner sind die Stadt Beckum und das Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz.

Die Pflegerbegleiterinnen und –begleiter werden ehrenamtlich tätig sein.

Herr Blömker begrüßt das vorgestellte Projekt ausdrücklich. Er weist darauf hin, dass zwei weitere Strukturen im Kreis vorhanden seien, die in diese Ehrenamtsarbeit einbezogen werden sollten. Dieses seien die Selbsthilfekontaktstelle Kreis Warendorf sowie die Selbsthilfe und Interessenvertretung pflegender Angehöriger in NRW.

Frau Klausmeier nimmt die Anregung an, zunächst wolle man sich jedoch auf dieses Projekt konzentrieren.

Frau Grap bittet ebenfalls darum, die vorhandenen, gewachsenen Strukturen zu beteiligen.

Zur Nachfrage von Herrn Wamba teilt Frau Baldus mit, dass das Projekt mit zunächst 7 Ehrenamtlichen begonnen werden solle. Für die weitere Entwicklung seien auch Angebot und Nachfrage entscheidend.

<b>6.</b>	<b>Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen</b>	<b>147/2021</b>
-----------	---	-----------------

Frau Eickmeier begründet den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion.

Frau Geiger bittet um Vertagung des Antrages auf den kommenden Kreisausschuss, da die CDU Fraktion noch weiteren Beratungsbedarf habe.

Herr Strohbücker schließt sich dieser Bitte für seine Fraktion an.

Herr Blömker, Frau Grap und Frau Riveiro Vega unterstützen den FWG-Antrag, haben angesichts des wichtigen Themas gleichwohl keine Bedenken gegen eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Herr Strübbe stellt fest, dass eine Abstimmung über den Antrag in dieser Sitzung nicht erfolgen soll. Weitere Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Kreisausschuss.

<b>7.</b>	<b>Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.05.2021 - Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege</b>	<b>160/2021</b>
-----------	---	-----------------

Frau Geiger begründet den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion.

Frau Hohmann de Palma unterstützt den Antrag.

Frau Riveiro Vega weist auf die schlechten Rahmenbedingungen in der Pflege hin. Hier bedürfe es grundlegender Verbesserungen. Zur Zeit könne man jungen Menschen den Beruf nicht empfehlen.

Frau Eickmeier bemängelt auch die negative Berichterstattung in den Medien. Sie weist darauf hin, dass Pflegepersonal gut bezahlt werde.

Herr Blömker sieht den Grund beim Mangel an Nachwuchskräften in der Pflege nicht in der Berichterstattung, sondern in den schwierigen Rahmenbedingungen des Berufsfeldes. Diese müssten verbessert werden.

Herr Möllmann weist darauf hin, dass es sich beim Pflegeberuf um einen sicheren Job handele. Das Arbeitsumfeld müsse verbessert werden. Das Berufsbild attraktiver machen sei Aufgabe der entsprechenden Tarifpartner. Gelingt dieses nicht, müsse der Staat eingreifen.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Anbieter zur Durchführung des Projektes „Nachhaltige Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege“ zeitnah zu suchen und in der nächsten Sitzung über den Sachstand zu berichten. Da für dieses Projekt voraussichtlich mit einem Kostenumfang von 15.000 Euro gerechnet werden dürfte (Einstiegsbudget), bitten wir diese Mittel im Rahmen der Gesamtdeckung bei erfolgreicher Umsetzungsmöglichkeit bereits in diesem Jahr bereit zu stellen.

### **Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen**

**Ja                    17 Stimmen**

**Nein                1 Stimme**

**Enthaltung       0 Stimmen**

An der Diskussion beteiligen sich Frau Geiger und Herr Strohbücker.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.05 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Brigitte Klausmeier  
Schriftführerin